

malten ihr regelmäßiges Gehalt bezogen. Und daß der Strohmännchen, der nominelle Herausgeber dieser Zeitung, Klippel, das Auto zu dem Verbrechen delictum hat und so sehr beschuldigt erscheint, daß er geflohen ist. Stadtbekannt, gewichtige Persönlichkeiten sieht man jetzt in naher Verbindung mit denjenigen Mordmördern, die von einem Mächtigen geschützt, trotz ihrer zahllosen, erwiehenen Verbrechen nie bestraft oder ungeschädlich gemacht werden dürfen. Heute erwartet Italien, daß Mussolini auf die harten Worte die Kraft der Tat folgen läßt. Er hat es versprochen, er, der heute vom Vertrauen und dem Mitgefühl des Volkes fast erdrückt wird, wird dieses Versprechen halten müssen. Sonst würde die Lawine alles fortsetzen und germalmen. Trotz der mobilisierten Willig und trotz der wieder einmal verbrannten Zeitungsfähde. Man jubelt Amendola zu und Turati. Vor einer Woche wäre das unmöglich gewesen.

### Die Ausreisegeldgebühr außer Kraft gesetzt.

(Trautweinmeldung unter Berliner Schriftleitung.)  
Berlin, 18. Juni. Durch Verordnung des Reichspräsidenten ist die Ausreisegeldgebühr mit dem heutigen Tage außer Kraft gesetzt worden.

### Das Sachverständigengutachten.

Dr. Bang über Annahme oder Ablehnung.

Berlin, 17. Juni. In der „Deutschen Zeitung“ untersucht Oberfinanzrat Dr. Bang in eingehender Weise die Folgen eines Ja oder eines Nein gegenüber dem Sachverständigen Gutachten. Er legt dar, daß, wenn wir nicht Nein sagen, das Ende einer selbständigen deutschen Wirtschaft folgt. Was sei das für eine Vogal, Erfüllungspolitik mit dem Bewußtsein ihres katastrophalen Endes zu machen? Die Gründe, die heute für die Sachverständigenberichte ins Feld geführt würden, seien ihrer Art nach genau dieselben, mit denen man die Annahme der Währungsreform von Versailles, die „Zahlungsmittel“ und alles weitere begründete und die die eigentliche Ursache unserer Unzulänglichkeit gewesen seien. Nach Überwindung der Währungs- und des Kreditmonopols an die Welt wäre jede Hoffnung auf Finanzierung irgendwelcher Vollzugsversuche erloschen, und nach Abgabe der Reichsbank würde die Eisenbahn nur noch ein Mittel für die Herrschaft und fremder Mobilisierung sein. Dr. Bang bezieht sich auf ein Gutachten amerikanischer Sachverständiger außerhalb des Morgankongresses, wonach nicht einmal die Eisenbahnobligationen unterzubringen sein würden, weil es dem ausländischen Privatkapital nicht ausreichte, einen durch Entschädigungslasten überlasteten Eisenbahnbetrieb, dessen Betriebsverhältnisse noch dazu zweifelhaft seien, zu betreiben. Wiewohl weniger werde eine laudierende deutsche Industrie auf ausländische Kredithilfe zu rechnen haben! Mit der Annahme des Berichtes würde die Ruhr nicht nur nicht gerettet, sondern das Reich verloren werden.

### Was aber, wenn wir Nein sagen?

Mathematisch läßt sich da nichts beweisen, weil mit dem Nein die deutsche Politik beginnen würde. Der Unterschied würde zunächst lediglich der sein, daß man dann das, was man nun nicht freiwillig zu tun summiert und wofür unsere Erfüllungspolitik die Reichsform beschaffe, durch Zwang zu erreichen suchen könnte, mit der Folge des Eintritts ganz anderer psychologischer Wirkungen im In- und Auslande. Auf Grund unserer Unterlagen und der Überlegung, daß Frankreich ganz Deutschland nicht belegen kann, aber auch wenn es das könnte, so würden, auf weitere Sicht gesehen, die Folgen viel weniger schmerzhaft sein, als die, die auf Grund der Berichte eintreten. Es ist eine detaillierte Täuschung, daß der Feindbund auf dem Wege des Zwanges auch nur das erreichen könnte, was in dem Bericht vorgeschlagen wird. Ein in England tätiger Herr erzählte kürzlich öffentlich: „Die Entente hat ja gar nicht die Möglichkeit, eine Zwangsmaßnahme in Deutschland durchzuführen.“ Man laßt draußen über die dummen Deutschen, daß sie den eigenen Verstandsvollstreckern spielen. Die Ruhr räumt Frankreich auch bei Annahme der Forderungen nicht. Das bei Ablehnung der Forderungen die Zeiten zunächst nicht rufen werden, ist wahrscheinlich, daß sie mit ihrer Annahme rascher würden, sei eine schwere Täuschung. Aber selbst wenn und noch schwere Zeiten bevorstünden, sei das deutsche Volk, seine eigene Entwicklung und seine Kultur wert, daß wir für sie dieselben Opfer bringen, die wir jetzt für die Weltkriege bringen sollen. Falls sie auch, das ist ein deutsches Nein die Einheitsfront der Entente gegen uns herbeiführt. In der Tat werde die Einheitsfront der Entente gerade durch die Erfüllungspolitik herbeiführt.

### Es werde aber gar nicht daran gedacht, einfach Nein zu sagen.

Selbstverständlich, fährt Bang fort, sind auch wir der Meinung, daß wir, falls der gebrochene Vorvertrag vom 5. November 1918 wiederhergestellt wird, zahlen müssen, weil wir den Krieg nicht durch fremde Waffen sondern durch eigenen Waffennutzen verloren haben. Nur sind wir mit den hervorragenden Juristen aus allen Weltteilen der Meinung, daß Deutschland nur eine Kriegskostenentschädigung zu leisten habe und daß deren Ausmaß unter Anrechnung der ihm geraubten Landbestände, Kolonien und ungescherten Sachwerte, sowie der Ruhr- und Pfalzschäden nach dem üblichen Grundsatz zivilisierter Staaten gegebenem müßte, daß Deutschland aber nicht eine Strafe in unbeschränkter Höhe und Dauer für ein begangenes Verbrechen unter Vernichtung seiner Staatshoheit, seines Verkehrs- und Geldwesens und der Freiheit seiner Industriewirtschaft zu bezahlen habe.

### Vor den Londoner Besprechungen.

London, 18. Juni. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt: Es werde ein glatter Verlauf der bevorstehenden Verhandlungen über die Durchführung des Dawesplanes vorausgesetzt. Aber einige heikle Punkte würden zwischen London und Paris besonders geregelt werden müssen. Wenn Herr Lot, wie es in einigen französischen Kreisen heißt die Absicht haben sollte, die britische Regierung um die Erlaubnis zu ersuchen, daß Großbritannien im Falle eines neuen Vertrages Deutschlands die Beziehung der Franzosen zum Deutschland geschuldeten Summen erzwinge oder jedenfalls sichergestellt, so würde die neue französische Regierung damit verfahren, an die Stelle eines Pfandes oder militärischer Sanktionen eine Art finanzieller Garantie zu setzen. Dies würde einen neuen und wichtigen Punkt aufwerfen. Es würde schwierig sein, davon das Problem der Kriegsschulden loszutrennen, das vorläufig beiseite gestellt worden sei.

Verriet werde auch der Wunsch geäußert, die Frage der Beziehungen zwischen Sowjetrußland einerseits und Großbritannien und Frankreich andererseits zu erörtern. Eine natürliche Folge wäre der Beschluß, daß die gegenwärtig englisch-russischen Verhandlungen in eine Dreierkonvention ausmünden würden. Danach könnte mit einem vollkommen anders gearteten Vorschlag gerechnet werden, der sich für England als annehmbar erweisen könnte, wenn die augenblicklichen englisch-russischen Verhandlungen keine Aussicht auf Erfolg böten. Dies würde die Berücksichtigung der Verhandlungen mit Moskau bis nach Erzielung einer interkulturellen Vereinbarung und ihre Wiederaufnahme durch Verhandlungen zwischen Sowjetrußland und den Alliierten gemeinsam bedeuten.

### Die südafrikanischen Wahlen.

Rapport, 18. Juni. Nach den bis gestern abend vorliegenden Wahlergebnissen hat die Südafrikanische Partei 25, die Arbeiterpartei 18, die Nationalistische 12 Sitze und die Unabhängige einen Sitz errufen. In Denver in Transvaal wurde der Arbeiterführer Oredwell gewählt. Nach einer Meldung der „Times“ aus Kapstadt hat die Arbeiterpartei bei den Wahlen sieben Sitze gewonnen.

# Eine Reichstagsinterpellation über die Besteuerung der Landwirtschaft.

## Gegen die Besteuerung der Produktionsmittel

Berlin, 18. Juni. Im Reichstag ist folgende Interpellation eingebracht worden: Neben den erdrückenden Steueranforderungen des Reiches, unter denen die Landwirtschaft und die Volkswirtschaft zusammenzubrechen drohen, erheben die Länder und Gemeinden von der Landwirtschaft Grund- und zum Teil auch Gewerbesteuer in einer ungeheuerlichen Höhe. Der Freistaat Sachsen besteuert sogar trotz entgegenstehender Bestimmungen des Landessteuergesetzes die Anleihe, das heißt Produktionsmittel der Landwirtschaft.

Wie verlautet, sind mehrere Länder, so in den letzten Tagen auch der Freistaat Preußen, daran gegangen, die dem landwirtschaftlichen Betriebe dienenden Gebäude, also ebenfalls landwirtschaftliche Produktionsmittel, zu einer Haussteuer heranzuziehen, obgleich nach der dritten Steuernotverordnung auf die Lebensfähigkeit des Betriebes Rücksicht genommen werden soll und eine solche weitere Steuer von der Landwirtschaft nicht getragen werden kann. Da der größte Teil der vom Reich erhobenen Steuern, so zum Beispiel die Einkommensteuer mit 90 Prozent an Länder und Gemeinden zurückfließen, finden die übertriebenen eigenen Steuerforderungen der Länder und insbesondere der Gemeinden nur darin eine Erklärung, daß bei diesen Stellen noch längst nicht die durch die Notlage der Wirtschaft und die Rücksicht auf die Reichsfinanzen gebotene Sparsamkeit in ihren Ausgaben, die zum Teil noch über die Vorkriegszeit hinausgehen, einzuweisen ist. Besonders verwirrend und beläsend wirkt auch die verschiedenartige Bewertung des landwirtschaftlichen Besitzes seitens des Reiches, der Länder und der Gemeinden (Gemeindeverbände). Der Reichsregierung müssen diese Tatsachen bekannt sein.

Wir fragen daher an, ob die Reichsregierung bereit ist, mit größter Beschleunigung ansehnliche Maßnahmen herbeizuführen, durch die

1. die Besteuerung der landwirtschaftlichen Produktionsmittel einschließlich der für den Betrieb benötigten Gebäude und der Anleihe sowie eine Obergrenzung der Landwirtschaft zur Gewerbesteuer verboten.
2. für die gesamte steuerliche Belastung des einzelnen Steuerpflichtigen eine Obergrenze bestimmt,
3. die Bewertung der der Landwirtschaft dienenden Grundstücke im Reich, in den Ländern und in den Gemeinden nach einheitlichen Grundsätzen vorgenommen wird.

### Post und Eisenbahn Schrittmacher des Preisabbaus?

Berlin, 18. Juni. Die Reichsregierung beabsichtigt, die zur Durchführung des Sachverständigengutachtens notwendigen Gesetze möglichst in ihrer Gesamtheit dem Reichstage vorzulegen. Gleichzeitig soll eine Reihe von Steuerentwürfen dem Reichstage unterbreitet werden.

# Eine ernste Warnung aus Moskau.

## Klagendes Sowjet-Zentral-Exekutivkomitees

„Die Partei ist nicht einig.“  
Berlin, 18. Juni. Der „Vol.-Anz.“ ist in der Lage, einen Erlass des Zentral-Exekutivkomitees der russischen kommunistischen Partei an alle Bezirkskomitees und -gruppen der russischen kommunistischen Partei, der sie vertraulich zu veröffentlichen. Das Bureau erwähnt in diesem Erlass alle Bezirkegruppen und Unterabteilungen der Partei, sowohl in Ausland, als auch die, die sich in Deutschland sowie in anderen Staaten befinden, sich enger und enger schloßener hinter das Zentral-Exekutivkomitee zu stellen und diesem zu helfen, die Partei in der Form aufzubauen, wie es bis jetzt beabsichtigt gewesen ist. Die russische kommunistische Partei, heißt es weiter, erlebt im Augenblick Dinge, wie sie bis jetzt noch nie dagewesen waren. Noch nie während des Bestehens der Partei war die Disziplin so gelockert und die Autorität der höheren politischen Institutionen so schwer verletzt worden, wie es jetzt der Fall ist, und zwar gerade seitens der Kreise und der Persönlichkeiten, von denen man es am allerwenigsten erwarten kann. Vergessen sind die großen Worte Lenins: „Nur eine ernste Gefahr droht dem Weltkommunismus, nämlich die der Zersplitterung.“ — Das Verfall der Partei, der Tod der Partei herrscht kein gegenseitiges Vertrauen mehr. Die Privatinteressen sind härter geworden als die Parteinteressen. Mit diesem liebelgedacht das Zentral-Exekutivkomitee mit allen Mitteln aufzuräumen. Unterzeichnet ist das Dokument: Kamenev, Sinowjew und Stalin.

Der „Vol.-Anz.“ bemerkt u. a. dazu: Die heftigste Tätigkeit der deutschen Tscheka und die der kommunistischen Organisationen in allen deutschen Parlamenten ist ganz unverkennbar. Bei Beginn einer Entlastungskonferenz der russischen Zentrale ist damit zu rechnen, daß in absehbarer Zeit die kommunistische Gefahr aberwunden sein wird — bis dahin ist sie härter denn je.

## Das Schweigegebot und die Kommunisten.

Berlin, 18. Juni. Der Nevers, den die kommunistischen Reichstagskandidaten vor ihrer Aufstellung zu unterzeichnen hatten, besagt an der entscheidenden Stelle: Infolge dieser grundsätzlichen Einstellung zum Parlament gibt es für den kommunistischen Abgeordneten kein Schweigegebot und keine sogenannten diplomatischen Amtsgeheimnisse für Kenntnisse, die er als Abgeordneter in Parliamentsauschüssen und in Kommissionen erlangt. Der kommunistische Abgeordnete hat vielmehr den Schwund der Geheimnisse und den Betrug Charakter des bürgerlichen Parlamentes rücksichtslos zu entlarven. Der kommunistische Abgeordnete verpflichtet sich, seine Kenntnisse und Erfahrungen, sein Wissen, das er in Verbindung oder bei Ausübung seines Abgeordnetermandates erlangt, mit allen Konsequenzen in den Dienst des revolutionären Kampfes zu stellen und mit seiner ganzen Arbeitskraft mit Aufopferung und Hingabe seiner Person restlos dem kämpfenden Proletariat zu dienen.

Wenn Zicker, schreibt der „Vorwärts“, demgegenüber den Ansichten zu erweisen sucht, als ob der Kommunismus im Auswärtigen Ausschuss die Vertraulichkeit der Verhandlungen respektieren wollte, so spielt er ein Doppelspiel, wie es bei den Kommunisten üblich ist. Trotzdem haben aber gehen die Sozialdemokraten nicht für den deutschnationalen Antrag gestimmt mit der Begründung, daß sie in der Ausschließung einer ganzen Fraktion aus einem Ausschuss keinen richtigen Ausweg erblickten.

### Der englisch-mexikanische Konflikt.

Mexiko, 18. Juni. Auf Grund der Vermittlung des italienischen Gesandten schloß das mexikanische Auswärtige Amt, einen angelegenen Auffuß zu gewähren, bevor es mit Gewalt die Ausweisung des britischen Agenten Gummis erzwingen will. Die Regierung betont, daß dieser Auffuß nur ein Akt der Höflichkeit gegenüber dem diplomatischen Korps sei, daß jedoch Gummis unmelodisch ausgewiesen werde, falls er darauf bestünde, zu bleiben.

Im Reichsfinanzministerium wird an einer grundsätzlichen Reform einiger Steuerarten gearbeitet. Vor allem gilt dies für die Umsatz- und für die Einkommensteuer, bei der die Vorauszahlungen fortfallen sollen. Die Reform beider Steuerarten soll vor allem dem Preisabbau dienen, der durch die Beteiligung der Wirtschaftsträger eine Förderung erfahren dürfte. Den Notwendigkeiten des Preisabbaus dürften ferner auch die Post und Eisenbahn im Rahmen des Möglichen Rechnung tragen.

### Der Termin der nächsten Reichstagsitzung noch unbestimmt.

(Trautweinmeldung unter Berliner Schriftleitung.)  
Berlin, 17. Juni. Für die nächste Sitzung des Reichstags war der 24. Juni in Aussicht genommen. In den Reichstagspräsidenten Wallraf sind aber nun Wünsche wegen Verschiebung dieser Sitzung gerichtet worden. Die Besetzung, so wird von der entgegengesetzten Seite ausgeführt, die zu dem Sachverständigen Gutachten vorbereitet werden, dürften kaum vor Mitte Juli für die Einbringung in den Reichstag reif sein, da darüber vorher auch noch mit den Vertretern der Alliierten verhandelt werden muß. Der Präsident hat, um den Termin der nächsten Plenarsitzung zu bestimmen, den Reichstagsrat des Reichstags für Mittwoch nachmittags einberufen.

### Aufwertung der Anleihen für werdende Betriebe in Preußen.

Berlin, 18. Juni. Die preussische Regierung läßt erklären, daß es sich bei den dieser Tage stattgefundenen Besprechungen bei den zuständigen preussischen Ministern nicht um eine allgemeine Aufwertung der habsburgischen Anleihen sondern nur um eine Aufwertung von Anleihen für werdende Betriebe gehandelt habe, die von der dritten Steuernotverordnung vorgeschrieben ist.

### Ausklang des deutschen evangelischen Kirchentags

Bielefeld, 18. Juni. In der heutigen Schlußsitzung des deutschen evangelischen Kirchentages in Bethel wurde der Bescheid über den Anschluß deutscher evangelischer Kirchengemeinden und Gemeinden außerhalb Deutschlands an den deutschen Kirchenbund (Auslandsglieder) im bloßen Wesen einstimmig angenommen. Hierauf wurde der erste verfassungsmäßige deutsche evangelische Kirchentag geschlossen.

### Neue polnische Ansprüche.

Deutschland soll mehr polnische Kohle beziehen.  
Berlin, 18. Juni. Wie aus Warschau gemeldet wird, will die polnische Regierung demnach gegen die deutsche Kohlenkommission vorgehen, weil diese nur 1/2 Million Tonnen monatlich abnehmen will. Nach dem verfallenen Vertrage soll Deutschland drei Jahre nach der endgültigen Abgrenzung in Oberschlesien Kohlen in der Menge der Vorkriegszeit, d. h. ungefähr eine Million Tonnen monatlich, beziehen.

### Die Vormachtstellung der Imperialisten im Völkerbundsrat.

Genf, 17. Juni. Der englische Antrag über die Stellungnahme des Völkerbundes zu der in den Friedensverträgen von St. Germain, Trianon und Neuilly vorgesehenen Überweisung der Abrüstungskontrolle an den Völkerbund führte in der Sitzung des Völkerbundsrats zu keiner Lösung der Frage, auch nicht zu einer Debatte über die Sache selbst. Es wurde vielmehr auf Antrag des französischen Delegierten de Jouvenel mit Zustimmung Lord Parmors beschlossen, die ständige Abrüstungskommission des Völkerbundes aufzufordern, die im Jahre 1920 begonnene Untersuchung fortzusetzen und dem Räte Vorschläge zu unterbreiten. (W. T. B.)

### Die rumänischen Bauern fordern die Republik

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)  
Rotterdam, 18. Juni. „Trouw Mail“ meldet aus Bukarest: Die Landesausschüsse der Bauernpartei beschloß am Sonntag mit allen neuen zwei Stimmen die Aufnahme der Forderung nach der republikanischen Staatsform Rumaniens in ihr offizielles Parteiprogramm.

### Vor der Anerkennung Sowjetrußlands durch Dänemark.

Berlin, 17. Juni. Nach australischen Nachrichten aus Kopenhagen plant Dänemark die de jure-Anerkennung der Sowjetregierung.

### Bildung eines neuen albanischen Ministeriums.

Rom, 17. Juni. Die Blätter melden aus Tirana, M. Fanonoli sei mit der Bildung des neuen albanischen Ministeriums beauftragt worden. (W. T. B.)

### Der verkehrte Durchgangsverkehr durch die Kölner Zone.

Essen, 17. Juni. Wie von der Industrie- und Handelskammer der Kreise Essen, Mülheim an der Ruhr und Oberhausen mitgeteilt wird, fand am 15. Mai eine Neuregelung des Verkehrs durch die Kölner Zone statt, wodurch in der Berechnung der Frachten für Sendungen vom Rheinbeck durch die Kölner Zone und nach dem Rheinbeck eine erhebliche Verteuerung und auch über dem bisherigen Zustande entstand. Der Arbeitsausschuß der Handelskammer für Eisenbahnfragen, dessen Geschäftsführung bei der Handelskammer in Essen liegt, hat sofort die nötigen Schritte getan, um diese für die gesamte Wirtschaft sehr bedeutende Frage so zu regeln, daß eine Schwächung der Wirtschaft nicht in Frage kommt. Insbesondere wird die Kohlenindustrie, die ohnehin durch die Frachtwertverhältnisse in Absatzschwierigkeiten gerät, durch die Frachtwertverteilung noch mehr gefährdet. Der Reichsminister für Wirtschaftliche Angelegenheiten und der preussische Handelsminister sind von der Sachlage in Kenntnis gesetzt und gebeten worden, ihren Einfluß geltend zu machen, um dem lebten unhaltbaren Zustande ein Ende zu machen. Außerdem wurde auch der Wirtschaftsausschuß für die rheinischen Gebiete um weiteren Einwirkung veranlaßt. Wie wir außerdem hören, hat sich auch die Rhein-Verkehrsverwaltung mit der Sache befaßt, so daß wohl anzunehmen ist, daß die mackenden Kreise umgehend eine Forderung des Verkehrsministeriums vom 15. Mai herbeiführen werden. (W. T. B.)

### Vor einer Einigung mit Rußland.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)  
Berlin, 18. Juni. Am Dienstag früh sind neue russische Vorschläge zur Beilegung des Konflikts in Berlin eingegangen. In ihnen verläßt sich Rußland auf einen Teil seiner bisherigen Forderungen, sofern die Exterritorialität der Sonderverwaltung anerkannt wird. Es verlautet ferner, daß sich auf dieser Basis eine Einigung zwischen Berlin und Moskau vorbereite.